



Gleichlautend:

Herrn Bezirksbürgermeister
Mike Homann
Hauptstraße 85

50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Hist. Rathaus

50667 Köln

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/0619/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|------------------------------------|--------------------------|
| Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) | 08.05.2017 |

Zusätzliche Ordnungskräfte für den Stadtbezirk Rodenkirchen

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen am **08.05.2017** zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt den Ordnungsdienst im Stadtbezirk Rodenkirchen auszubauen und durch Schaffung von mindestens 10 neuen Stellen personell zu verstärken. Diese zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen auf die einzelnen Stadtteile verteilt und diesen zuständigkeitshalber fest zugeordnet werden. Eine Präsenz und Erreichbarkeit der Ordnungsdienstmitarbeiter soll unter der Woche und am Wochenende auch außerhalb der regelmäßigen Dienstzeiten im Stadtteil gewährleistet ist.

Die Verwaltung wird beauftragt zur weiteren Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur im Stadtbezirk Rodenkirchen unter enger Einbeziehung der Bezirksvertretungen und der weiteren maßgeblichen Beteiligten bereits bestehende örtliche Kriminalpräventive Räte zu unterstützen. Dabei ist den unterschiedlichen Sozialstrukturen, Bedürfnisse und Problemlagen in den einzelnen Bezirken Rechnung zu tragen.

Begründung

Kernelement für die Steigerung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfindens ist die Stärkung der Präsenz von Sicherheitskräften auf den Straßen und

Plätzen des Stadtbezirkes. Es muss gewährleistet sein, dass die bestehenden Regeln im gesamten Stadtgebiet eingehalten und regelwidriges Verhalten konsequent geahndet wird. Die Stadt muss mehr Verantwortung für die Einhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum übernehmen. Die Aufstockung des Ordnungsdienstes um 100 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gesamte Stadt Köln war nur ein erster Schritt. Er bildet allerdings noch nicht ab, dass insbesondere die Veedel unter einer strukturellen Benachteiligung, u.a. bei der Präsenz des Ordnungsdienstes, leiden. Aber gerade dort wo die Menschen wohnen und leben, erleben die Kölnerinnen und Kölner die tägliche Unsicherheit und Verwahrlosung des Straßenbildes als besonders problematisch. Die personelle Ausstattung des Bezirksordnungsdienstes muss deshalb so bemessen sein, dass auch tatsächlich eine höhere Präsenz in den Veedeln gewährleistet ist. Die Außendienstkräfte müssen auch tatsächlich auf die Straße kommen und von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden können.

Das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit in den einzelnen Stadtteilen endet nicht um 17:00 Uhr. Es ist wichtig, dass die Ordnungskräfte im Stadtteil auch außerhalb der regelmäßigen Geschäftszeiten Präsenz zeigen und insbesondere in diesen Zeiten aktiv und initiativ auf Regelverstöße reagieren können. Die Themen Ruhestörung und Einhaltung des Nichtraucherschutzes etc. spielen naturgemäß an den Wochenenden und in den Abendstunden eine größere Rolle. Es darf nicht dem reinen Zufall oder der Meldung von Bürgerinnen und Bürgern überlassen werden, ob entsprechende Verstöße erfasst und geahndet werden.

Das Thema Sicherheit muss ganzheitlich gedacht werden. Das gilt im besonderen Maße für die verschiedenen Stadtteile mit ihren teils sehr unterschiedlichen Bedürfnissen. Es ist deshalb essentiell, dass sich die maßgeblichen Akteure, angefangen bei den verschiedenen städtischen Dienststellen, der Polizei, den Streetworkern, den Trägern der Sozialen Dienste, den Sozialraumkoordinator/innen über die KVB bis zu den Abfallwirtschaftsbetrieben vernetzen. Der Kriminalpräventive Rat in Rodenkirchen kann eine entsprechende koordinierende und bündelnde Funktion übernehmen und zudem eine integrierende und aktivierende Rolle für bürgerschaftliches Engagement darstellen. Sie sollen lokale Problemlagen und aktuelle sowie zukünftige Handlungsbedarfe identifizieren und durch zielgerichtete Maßnahmen eine Verbesserung der Situation vor Ort ermöglichen.

Dr. Jörg Klusemann

Elke Bussmann